

DESINFORMATION ENTGEGENWIRKEN

Desinformation zu begegnen ist schwierig und erfordert ein abgestimmtes Vorgehen nationaler und internationaler Institutionen sowie die Einbeziehung der Medien und Technologieunternehmen (→ UNICRI 2022). Bislang lag der Schwerpunkt der Strategien gegen Desinformation darauf, Fehlinformation zu entlarven und Fakten richtigzustellen, dem sogenannten Debunking. Dabei scheint eine wirksame Strategie darin zu bestehen, Transparenz zu erhöhen und internationale Zusammenarbeit zu stärken. 2018 war Georgien beschuldigt worden, mit US-Unterstützung ein Forschungslabor für illegale Kriegssubstanzen eingerichtet zu haben. Daraufhin machte Georgien das Labor für eine Gruppe internationaler Expert:innen zugänglich, die keinerlei Hinweise auf illegitime Aktivitäten feststellen konnte.

Debunking kann allerdings auch ungewollte Nebeneffekte haben. Zum Beispiel sorgt die Wiederholung der Falschmeldungen dafür, dass sie sich noch stärker verbreiten und Eingang in die Mainstream-Medien finden. Deshalb ist es wichtig, zukünftig stärker im Vorfeld tätig zu werden und mögliche Falschmeldungen vorausszusehen, um ihnen durch möglichst transparente Informationspolitik zuvorzukommen. Diese als Prebunking bezeichnete Strategie erfordert, mehr Energie in die Informationspolitik zu investieren und Entscheidungsträger:innen und die Öffentlichkeit für die Problematik der Desinformation zu sensibilisieren.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die gegenwärtige Zuspitzung politischer Konflikte reduziert die Chancen rüstungskontrollpolitischer Kooperation. Der Verlust an Vertrauen lässt bestehende Regime erodieren und neue Initiativen schon im Ansatz scheitern. Aber es gibt auch Hoffnung, denn der Krieg in der Ukraine macht deutlich, dass basale Kooperation notwendig ist, um das Schlimmste zu verhindern: einen Großmachtkonflikt, den Einsatz von Nuklearwaffen oder die ungezügelte Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Angesichts des Ausfalls von Russland als verlässlicher Partner muss sich die Rüstungskontrollpolitik breiter aufstellen: Sie muss verstärkt andere Staaten wie China, Indien oder Brasilien einbinden, die bislang nicht im Zentrum der Rüstungskontrollpolitik standen, um zentrale Normen wie das nukleare Tabu oder das Chemiewaffenverbot zu stärken; sie muss in der gegenwärtigen Krise den Fokus von „harten“ Abrüstungsfragen hin zu „weichen“ Formen der Rüstungskontrolle verschieben, um Krisenstabilität, die Sicherheit von Kommando- und Kontrollstrukturen sowie Krisenkommunikation zu gewährleisten; und sie muss frühzeitig in die sicherheits- und verteidigungspolitische Planung einbezogen werden, um Ansatzpunkte für zukünftige Kooperation zu bieten.

1 Bei den ausgewählten Fällen handelt es sich um die Chemiewaffenangriffe in Khan Shaykhun (2017) und Duma (2018) in Syrien und die Vergiftung von Sergei und Yulia Skripal in Salisbury (2018). Darüber hinaus gab es weitere Fälle im syrischen Kontext sowie die Vergiftung Alexei Navalnys.

Autor:innen

Kristoffer Burck

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Christopher Daase (Koordination)

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Dr. Jonas Driedger

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Dr. Caroline Fehl

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Sam Forsythe

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Sascha Hach

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Dr. Una Jakob

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

PD Dr. Daniel Lambach

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Dr. Niklas Schörnig

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

PD Dr. Simone Wisotzki

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

3

101

Quellenverzeichnis

Auswärtiges Amt 2022: Deutschland erklärt in Genf Verzicht auf Tests mit Anti-Satelliten-Raketen, in: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/regelbasierte-internationale-ordnung/voelkerrecht-internationales-recht/tests-mit-anti-satelliten-raketen/2551682>; 31.03.2023.

Baldus, Jana/Fehl, Caroline/Hach, Sascha 2022: NPT 2022: An Opportunity to Advance Nuclear Justice, in: *Global Policy Journal*, Mai 2022: 1–11, <https://www.globalpolicyjournal.com/sites/default/files/pdf/Baldus%2C%20Fehl%20and%20Hach%20-%20NPT%202022%2C%20An%20Opportunity%20to%20Advance%20Nuclear%20Justice.pdf>; 31.03.2023.

Bundesministerium für Verteidigung 2020: Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung an den Deutschen Bundestag zur Debatte über eine mögliche Beschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr, in: <https://www.bmvg.de/resource/blob/274160/f5d26b7af1a02451e4aafc7b587a01d/20200703-download-bericht-drohnen-debatte-data.pdf>; 28.4.2023.

Driedger, Jonas J. 2023: Risk Acceptance and Offensive War: The Case of Russia under the Putin Regime, in: *Contemporary Security Policy* 44: 2, 199–225 (Online First) DOI: 10.1080/13523260.2023.2164974.

Pomeratsev, Peter 2015: Nichts ist wahr und alles ist möglich. Abenteuer in Putins Russland, München.

United Nations Interregional Crime and Justice Research Institute (UNICRI) 2022: Handbook to Combat CBRN Disinformation, in: https://unicri.it/sites/default/files/2023-02/Handbook_CBRN_disinformation_WEB_HR.pdf; 25.4.2023.

Abbildungen / Grafiken / Tabellen

18 / 99

Muster der russischen Desinformation

Eigene Darstellung

4